

«Zeughäusler» halten an ihren Plänen fest

Die Verantwortlichen des Museums im Zeughaus zeigen sich von einer Erklärung der Stadt, das Museum erhalten zu wollen, wenig überzeugt. Man will für den Erhalt des ganzen Gebäudeensembles kämpfen und nicht nur jenes Teils, in dem sich die Ausstellungen befinden.

Mark Liebenberg

Mit einer gemeinsamen Medienmitteilung haben die Stadt und der Kanton Schaffhausen diese Woche aufgezeigt, wie die weiteren Planungsschritte im Rahmen der Entwicklung des Stadtquartiers Vordere Breite aussehen soll (SN vom Mittwoch). Die Stadt habe im Moment keine andere Wahl, als ihre Planungen auf das Gebiet der Allmend und das Areal des Zeughauses zu konzentrieren, denn 2021 wurde die Volksinitiative «Letzte grosse Grünfläche erhalten (Stadtpark-Initiative)» mit den erforderlichen Unterschriften eingereicht und blockiert bis zur Volksabstimmung das Weiterplanen in den anderen Teilbereichen.

Im Zusammenhang mit der Gestaltung der Allmend hat der Stadtrat nun beschlossen, die Nutzung des Zeughauses detaillierter zu untersuchen. Die Stadtplanung wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Kanton als Eigentümer des Areals, den heutigen Nutzern und dem Quartierverein Varianten zu prüfen, wie das Museum im Zeughaus in Verbindung mit den vorgesehenen Raumnutzungen für Allmend und Sportfelder erhalten werden könnte, wie es heisst. Anders als ursprünglich vorgesehen will die Stadt eine Machbarkeitsstudie zum Erhalt des Zeughauses erarbeiten lassen. Das dem Kanton gehörende Gebäudeensemble sollte ursprünglich abgerissen und das Areal an die Stadt verkauft werden.

Was genau ist «das Zeughaus»?

Neu daran ist, dass nun eine Machbarkeitsstudie erarbeitet wird und dass der Kanton und die Stadt damit erstmals gemeinsam im Streit um die Zukunft des Museumsstandorts auftreten. Sonst aber gibt es aus Sicht des Museums nicht viel Neues, sagt Martin Huber Präsident der Stiftung des Museums im Zeughaus, zu den SN. «Wir sind nicht viel weiter als vor einem Jahr.» Denn die Stadt meine mit dem Erhalt «des Zeughauses» nur den Längsbau im nördlichen Teil des Areals, in dem sich die Ausstellungsräume des Museums befinden.

Das sei nur ein Teil der Lösung. Huber geht es um den Erhalt aller Gebäude auf dem Areal, in denen zum Teil das Museum (Bistro, Lager, Toiletten, Büros und dergleichen) ebenfalls eingemietet ist, nebst dem Amt für Bevölkerungsschutz und Armee, die Polizei, der Zivilschutz, aber auch



Seit drei Jahren Zankapfel: Im Längsbau (vorne) sind die Ausstellungsräume untergebracht, jedoch mietet das Museum auch grössere Teile der beiden Nebentrakte des hufeisenförmigen Kasernengebäudes – in welchem weitere kantonale Organisationen (etwa Zivilschutz, Polizei, Bevölkerungsschutz und Armee) Büros haben. BILD ROBERTA FELE

Schaffhauserland Tourismus und die Kantonsarchäologie.

Diesen Zeil des Areals, das hufeisenförmige Kasernengebäude, will die Stadt nach wie vor abreißen und zur Freifläche umnutzen, wie sie auf Nachfrage bestätigte. Dies wollen Huber und die «Zeughäusler» verhindern. «Es leuchtet nicht ein, wieso man auf Vorrat Gebäude abreißen soll ohne so genau zu wissen, was konkret dort entstehen soll.» Eine Freifläche sei unnötig, weder der Zirkus noch die Herbstmesse hätten irgendwelche Platzprobleme. Zum andern sei das Kasernen-Hauptgebäude seit Generationen ein «Blickfang» auf der Vorderen Breite, der städtebaulich Identität schaffe.

Stattdessen schlagen sie im Rahmen einer aktuellen Ausstellung vor, dass eine zu gründende gemeinnützige Genossen-

«Wir jammern nicht nur, sondern bringen einen konstruktiven Lösungsvorschlag.»

Martin Huber
Präsident
Stiftung «Museum
im Zeughaus»

schaft das Areal mitsamt Gebäuden im Baurecht übernimmt und das Kasernenhauptgebäude und die Nebengebäude mit einem niederschweligen Mieter- und Nutzungsmix entwickle. Angedacht sind Werkstätten und Ateliers, ein Theater- und Chorübungsraum, ein Quartierzentrum und vieles mehr. «Wir jammern nicht nur, sondern machen konkrete Lösungsvorschläge», so Huber. Mit einigen Interessenten sei man in engem Kontakt und erhalte viel Support, etwa vom Heimatschutz, dem Quartierverein Breite, der ReparierBar als möglichem Mieter, so Huber. Dies alles könne durch den sukzessiven Auszug der heutigen Nutzer ins geplante Polizei- und Sicherheitszentrum sowie ins ebenfalls in Planung befindliche Zivilschutzzentrum Beringen schrittweise erfolgen. Auch vom

kantonalen Baudirektor Martin Kessler habe man positive Signale erhalten.

Baurechtsabgabe: Kanton winkt ab

Der gibt sich auf Anfrage bedeckt. «Es ist nicht an mir, die Planungen des Museum im Zeughaus zu kommentieren.» Einer Baurechtsabgabe stehe indes die Absichtserklärung über einen Verkauf des auf einen Wert von 7,1 Millionen Franken geschätzten Areals an die Stadt im Wege – dieser «Letter of Intent» (LOI) wird Bestandteil einer Vorlage zur Zukunft der Areals nach dem Umzug der kantonalen Stellen in das neue Zivilschutzzentrum in Beringen sein. Kessler: «Der Kanton hält sich an den Inhalt der Abstimmungsvorlage und an den LOI. Somit ist klar, dass sich der Kanton nicht auf Verhandlungen über ein Baurecht einlässt.»

Führungswechsel im Club Fortissimo

SCHAFFHAUSEN. Nach zwölf Jahren trat René Sauzet als Präsident des Vereins zur Unterstützung von Blasmusikantinnen und Blasmusikanten im Raum Schaffhausen zurück. Er war massgeblich an der Gründung wie auch an der Neuausrichtung beteiligt. Martin Volkart übernimmt den Vorsitz ab interim.

Die elfte Generalversammlung des Club Fortissimo fand kürzlich traditionell am Sonntagmorgen nach vorangehendem Brunch im alten Schützenhaus statt. «Ich bin stolz auf euch, danke fürs mitmachen», begrüßte René Sauzet die anwesenden Club-Mitglieder. Es sei der ideale Zeitpunkt, als Präsident zurückzutreten, nachdem sich der Vereins neue Statuten gegeben hat und sich öffnet, um neben der Stadtmusik Harmonie Schaffhausen auch andere Vereine zu unterstützen. Zweck des Gönnervereins ist es, in Blasmusikvereinen organisierte aktive Musikantinnen und Musikanten aller Altersstufen zu unterstützen. Insbesondere soll Jugendlichen eine blasmusikalische Ausbildung ermöglicht werden. Der Club Fortissimo wurde 2010 aus der losen Vereinigung von Gönnern der Stadtmusik Schaffhausen gegründet. Um dem Ziel, Förderung und Erhaltung der Blasmusik in Schaffhausen, noch besser nachkommen zu können, wurden

die Statuten letztes Jahr angepasst, sodass künftig auch andere interessierte Vereine unterstützt werden können. Als ersten begünstigten Verein nahm die Harmonie Schaffhausen auf. Weitere werden folgen, wie die Knabenmusik mit der wichtigen Jugendförderung. Sieben Neueintritte konnte Sauzet aufgrund der Neuausrichtung bereits bekannt geben. Rechnung, Budget, Mitgliederbeiträge und Jahresprogramm wurden einstimmig genehmigt.

Am Herbstfest 2008 in Trasadingen hätten sie René Sauzet, damals Raiffeisen-Verwaltungsratspräsident, angefragt ob er den Vorsitz für den zu gründenden Verein übernehmen würde, blinde Vizepräsident Hans Monhart in die Anfänge zurück. Im Oktober 2010 fand die Gründungsversammlung statt, nachdem mit Club Fortissimo ein passender Name gefunden wurde. Unter Sauzets Führung wurden gute Projekte und talentierte Blasmusikerinnen und Blasmusiker unterstützt und tolle Anlässe für die Mitglieder durchgeführt. Einstimmig wurde René Sauzet zum Ehrenpräsident gewählt. Martin Volkart erklärte sich bereit, das Präsidium ad interim zu übernehmen, Markus Müller wurde neu in den Vorstand gewählt. (E. M. M.)

Serafe schickt Rechnungen auch an Geflüchtete aus der Ukraine

335 Franken gibt man in der Schweiz pro Haushalt für Radio und TV ab. Auch Geflüchtete müssen die Gebühr bezahlen. Die Serafe verschickt Rechnungen, ohne den Aufenthaltsstatus zu kennen.

Elena Stojkova

SCHAFFHAUSEN. Vor zwei Monaten hat der Schaffhauser Markus A.* (Name der Redaktion bekannt) zwei geflüchtete Frauen aus der Ukraine aufgenommen. Vor Kurzem ist ein dritter Geflüchteter hinzugekommen – die drei haben eine Einliegerwohnung für sich. Vor einigen Tagen flatterte bei ihnen eine Rechnung über 335 Franken ins Haus: für die Radio- und Fernsehgebühr. Mit der Rechnung gingen sie auf ihre Gastfamilie zu. «Sie hatten Angst, dass sie etwas falsch gemacht haben, als sie die Rechnung sahen», sagt Markus A. Die Sorge, dass sie aus der Schweiz wieder raus müssten, sei immer präsent. Die Rechnung hat A. für die Familie beglichen. «Ich finde es stossend, dass Geflüchtete die Serafe-Gebühr bezahlen müssen.» Er habe herumtelefoniert, bei der Serafe und der Einwohnerkon-

trolle in Schaffhausen angerufen, sei hin- und verwiesen worden und habe doch nicht herausgefunden, warum Geflüchtete diese Gebühr bezahlen müssen – wo sie doch so oder so selten Schweizer Medien konsumieren, nur schon wegen der sprachlichen Hürde. Es sei nicht das erste Mal, dass er sich mit Ämtern herumschlage. Und er kenne andere Gastfamilien, denen es ähnlich gehe. «Es wäre wichtig, dass die Geflüchteten für solche Fälle eine Ansprechperson haben.»

Kein Einzelfall, sondern Standard

Laut Serafe handelt es sich bei diesem Vorfall nicht um ein Versehen. Die Rechnung für die Radio- und Fernsehgebühr bekommen von der Serafe alle Haushalte, deren volljährige Mitglieder der Erhebungsstelle von zuständigen Einwohnerdiensten der Gemeinden und Kantone gemeldet sind. Monatlich liefern die Einwohnerdienste die Daten der in der Schweiz wohnhaften Personen an die Serafe. Welchen Aufenthaltsstatus die Personen haben, wissen die Serafe-Mitarbeitenden jedoch nicht. Diese Informationen – konkret das Datenmerkmal Status S – liefern die Einwohnerdienste ihnen nicht, wie Erich Heynen, Kommunika-

tionsverantwortlicher bei der Serafe, sagt. «Wir können also einen Haushalt mit Mitgliedern im Status S als solchen gar nicht erkennen.» Dass Geflüchtete mit Schutzstatus S eine Abgaberechnung erhalten, sei somit kein Einzelfall, sondern dürfte Standard sein, so Heynen. Auch andere Sozialhilfeempfänger müssen die Abgabe bezahlen. Den Umstand, dass auch Menschen mit Schutzstatus S die Rechnung über 335 Franken erhalten, habe er nicht zu beurteilen. «Wir setzen um, was das Gesetz vorgibt.»

Markus A. sagt, für manche Situationen habe er einfach kein Verständnis. Er sei auch schon an seine Grenzen gekommen. Er gibt noch ein anderes Beispiel: Vor einiger Zeit habe eine geflüchtete Frau, die bei ihm in der Einliegerwohnung lebt, dringend einen Zahnarzt gebraucht. Doch keiner, bei dem er anrief, wollte sie behandeln, weil die finanzielle Situation unklar sei. «Das kann doch nicht sein.» Etwa 4000 Franken habe er bisher für die geflüchtete Familie ausgegeben. Er unterstütze sie gern, sagt er, aber 4000 Franken, das sei eben «nicht nichts». Wünschen würde er sich, dass das Finanzamt für die Geflüchteten klarer geregelt wäre.